

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

63. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Dezember 2003, 9:00 Uhr
im Vortragsraum der DEULA in Rendsburg

Anwesende Abgeordnete

Claus Ehlers (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Hopp (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2990	
(überwiesen am 13. November 2003 an den Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)	
2. Entkoppelung von Prämien in der Landwirtschaft	7
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3001	
Hierzu: Umdruck 15/3996	
(überwiesen am 13. November 2003)	
3. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, eröffnet die Sitzung um 9:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2990

(überwiesen am 13. November 2003 an den **Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Mit Hinweis auf die teils kontrovers teils einvernehmlich geführte Diskussion über die Thematik in der Plenarsitzung am 13. November 2003 hält der Vorsitzende fest, dass durch die Tatsache, dass die emotionale Bindung an die Land- und Ernährungswirtschaft durch eine Verlagerung der Entscheidungsträger größerer Unternehmen außerhalb Schleswig-Holsteins immer stärker abnehme, manche Entscheidungen in Großunternehmen auch gegen Schleswig-Holstein fielen. Er wolle als Stichwort nur die Zuckerfabrik in Schleswig nennen.

Abg. Peter Jensen-Nissen bittet am Beispiel der Fusion schleswig-holsteinischer Schlachtbetriebe um die Einschätzung durch das zuständige Ministerium.

RL Christian Sörensen teilt mit, dass erste Gespräche zwischen der Nordfleisch und Bestmeat erkennen ließen, das Bestmeat beabsichtige, die Standorte in Schleswig-Holstein weiter zu stützen und auszubauen. Damit brauche man mittelfristig keine Gefährdung der schleswig-holsteinischen Schlachthöfe zu befürchten.

Auf Nachfrage von Abg. Peter Jensen-Nissen, ob durch die Übernahme von Nordfleisch durch Bestmeat die Tierkörperbeseitigungsanstalten tangiert sein könnten, führt RLD Dietmar Wehking aus, dass sich Bestmeat zu dieser Frage noch nicht positioniert habe. Aus der Sicht des Ministeriums gebe es aber keinen Anhalt, eine Gefährdung der Tierkörperbeseitigungsanstalt Jagel befürchten zu müssen.

Abg. Peter Jensen-Nissen hegt Zweifel, ob es gelingen werde, die Schlachthöfe in Schleswig-Holstein zu erhalten. Er stellt die Frage in den Raum, wieso Schleswig-Holstein keine

Schlachtschweine nach Dänemark liefern könne, wenn die Landwirte dort günstigere Abnahmekonditionen erzielen können.

RLD Dietmar Wehking wiederholt das Interesse der Landesregierung, die schleswig-holsteinischen Schlachtstätten zu erhalten, wenn nicht sogar auszubauen. Dies werde wie gesagt, beim Zusammengehen von Nordfleisch und Bestmeat beispielsweise für den Schlachthof in Lübeck wahrscheinlicher sein, als wenn Nordfleisch zum Beispiel mit entsprechenden Unternehmen wie Danish Crown in Dänemark zusammengegangen wäre, worüber es auch Verhandlungen gegeben habe.

Abg. Detlef Matthiessen trägt ergänzend vor, dass die Lieferung von Schlachtschweinen nach Dänemark aus seuchenhygienischen Gründen von Dänemark verboten worden sei. In Dänemark gebe es ein sehr erfolgreiches Hygienesystem im Rahmen der dort praktizierten integrierten Produktion. Dieses System wolle Dänemark nicht durch Lieferungen gefährdet wissen, deren Erzeugung nicht den entsprechenden Bedingungen entsprächen.

Auf die weitere Frage von Abg. Peter Jensen-Nissen, was es mit den Fusionsabsichten der Meiereibetriebe Ascheberg und Holtsee auf sich habe, führt RL Christian Sörensen zunächst aus, dass auch bei den Meiereien im Grunde ein Strukturwandel nicht verhindert werden könne. Man gehe aber auch bei den Meiereien davon aus, dass die Konzentration dazu beitragen werde, die vorhandenen Strukturen besser auszulasten und damit Vorteile für die Landwirte zu erzielen.

Auf Nachfrage von Abg. Claus Hopp bestätigt RLD Dietmar Wehking die Fusionsabsicht der Holtenauer Meierei mit der Meierei Ascheberg. Im Rahmen dieses Strukturprozesses komme es entscheidend darauf an, dass der Milchpreis für die Landwirte stimme. Durch die Konsolidierung der beiden Betriebe werde ein wirtschaftlicher Milchpreis für die Landwirte eher garantiert als durch viele kleine unwirtschaftlich arbeitende Molkereibetriebe. Dieser Strukturprozess im Meiereiwesen werde durch Fördermittel des Landes begleitet. Durch den Zusammenschluss von Ascheberg und Holtsee werde der Standort Ascheberg langfristig aufgegeben, der Standort Holtsee aber durch das Wachsen nicht zuletzt zum Wohle der Landwirte bessere Konditionen bieten können.

Abg. Detlef Matthiessen erkundigt sich nach den Fördermöglichkeiten für die Vermarktung von Biomilch. Er habe das Gefühl, dass das Land die einzelnen Aktivitäten in diesem Bereich zu wenig unterstütze. Ihm gehe es darum, die schleswig-holsteinische Wertschöpfung auch auf diesem Gebiet voranzubringen.

RL Christian Sörensen entgegnet, dass bisher noch keine entsprechenden Förderungswünsche an das Ministerium herangetragen worden seien. Wenn es wirtschaftlich tragfähige Konzeptionen gebe, werde jeder Förderantrag auch geprüft. Von selbst könne sein Haus natürlich nicht auf den einzelnen Betrieb mit einem Förderangebot zugehen. Die Initiative müsse vom Erzeuger ausgehen.

Abg. Peter Jensen-Nissen spricht des Weiteren die Vermarktungssituation in der Fischerei an. MDgt Rolf Sebelin erinnert an die Schwierigkeiten, die Fischereiverbände von Ostsee und Nordsee zu einem einheitlichen Vorgehen zu bewegen. Das gehe von der emotionalen Argumentation bis hin zu familiengeschichtlichen Vorkommnissen, wie man sie beispielsweise in Kappeln erlebt habe. Eine solche Haltung mache es sehr schwierig, im Rahmen der Fangquotenvorgaben die Fischereiflotte wettbewerbsfähig zu halten. Dazu müssten vermutlich noch sehr viele Gesprächsrunden stattfinden. Dazu sei sein Haus jederzeit bereit.

Beschluss: Der Bericht wird abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entkoppelung von Prämien in der Landwirtschaft

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3001

hierzu: Umdruck 15/3996

(überwiesen am 13. November 2003)

Der Antragsteller, Abg. Lars Harms, erläutert den Antrag dahin, dass es darum gehe, zunächst die neueren Ergebnisse aus der Agrarministerkonferenz vom 27. November zu erfahren und diese Ergebnisse in einer weiteren Sitzungsrunde ab Anfang Februar noch einmal zu diskutieren, bevor der Antrag zur Abstimmung gelangt.

Mit Verweis auf die zahlreichen Pressemitteilungen über die Beschlüsse der Sonderagrarministerkonferenz vom 27.11.2003 in Berlin gibt Minister Klaus Müller seiner Zufriedenheit Ausdruck, dass die dort gefassten Beschlüsse mit einer großen Mehrheit von 14 Bundesländern bei nur zwei Gegenstimmen der Länder Bayern und Hessen zustande gekommen seien. Ebenso erfreulich sei die Tatsache, dass inzwischen auch der landwirtschaftliche Berufsstand dem Regionalmodell und der Entkoppelung ab 2005 näher getreten sei.

Wenn nun vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im Januar ein entsprechender Gesetzentwurf für das von Ministerin Künast angedachte so genannte Kombinationsmodell vorgelegt werde, so fährt Minister Klaus Müller fort, werde es sehr darauf ankommen, für die eigenen Vorstellungen weiterhin ausreichend Verhandlungspartner zu finden.

Der Grundkonsens in Berlin laute, das angedachte Konzept auf keinen Fall scheitern zu lassen, wie schwierig die Diskussion um die Prämienhöhe unter den einzelnen Bundesländern auch noch sein werde. Diese Diskussion sei zurzeit noch sehr offen. Man werde vermutlich auch nicht davon ausgehen können, zum 01.01.2005 zu einer einheitlichen nationalen Prämie zu finden. Er selbst, Minister Müller, werde sich aber mit allen Kräften dafür einsetzen, für Schleswig-Holstein eine möglichst hohe Flächenprämie - auch für das Grünland - zu erzielen.

Den Gesamtbereich der Milch mit 80 Millionen € für Schleswig-Holstein habe man bei den Gesprächen in Berlin zuletzt noch ausgeklammert, weil hier die Interessenslage absolut hete-

rogen sei, und zwar ein Stück weit geprägt auch von der Unkenntnis dessen, was alles machbar sei. Auch darüber müsse die Diskussion weiterhin intensiv geführt werden. Die Frage, ob dazu eine endgültige Regelung im Gesetzentwurf der Bundesregierung zu finden sein werde, sei von Ministerin Künast zunächst nicht beantwortet worden.

Auf diesem Gebiet bemühe sich Schleswig-Holstein insbesondere um eine Abstimmung mit Bayern, wo es eine ähnliche Interessenslage in punkto Milch gebe.

Was die Enveloperegelung angehe, halte er diese nach wie vor für eine gute Option. Mit dieser Meinung stehe er allerdings im Augenblick noch ziemlich alleine da, werde aber auch auf diesem Gebiet versuchen, Partner zu finden.

Als eines der kritischen Diskussionsthemen kennzeichnet Minister Klaus Müller die Umverteilungsmodalitäten beim Prämienvolumen. Je nach Modell könnten auf Schleswig-Holstein Verluste zwischen 18 Millionen und 50 Millionen Euro zukommen. Hier bestehe ebenfalls ein großer Verhandlungsdruck. Das von Frau Ministerin Künast vorgelegte Modell schlage eine maximale Umverteilung von 5 % der Prämie vor, was für Schleswig-Holstein die erwähnten rund 18 Millionen Euro ausmachen würde. Es sei aber auch über diesen Vorschlag nicht abgestimmt worden, weil dafür im Augenblick keine Mehrheit zu erwarten gewesen wäre. Dies bedeute auch in diesem Punkt noch ein weiteres hartnäckiges Verhandeln.

In der sich anschließenden Diskussion bezieht sich Abg. Peter Jensen-Nissen auf die im Plenum geführte Diskussion und betont, die dort ausgesprochene Kritik seiner Fraktion aufrechterhalten zu wollen, da das historisch hohe Prämienniveau in Schleswig-Holstein durch die Zustimmung zum Konzept gefährdet werde. Zumindest seien ja die 18 Millionen Euro Verlust zu erwarten.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz weist diese Kritik mit dem Hinweis zurück, dass es dem Minister darum gehe, ein möglichst hohes Prämienvolumen für Schleswig-Holstein zu erhalten. Dies könne angesichts der Konstellation im Bundesrat nur mit Blick auf ein möglichst effektives Kombimodell geschehen. Denn das bisher von der CDU favorisierte Betriebsmodell werde inzwischen bundesweit abgelehnt. Es könne also, wie gesagt, nur noch darum gehen, den Minister bei seinen Bemühungen zu unterstützen, das Kombimodell möglichst zugunsten Schleswig-Holsteins auszugestalten.

Auch für Abg. Detlef Matthiessen gilt es, mit Hilfe des Kombimodells für Schleswig-Holstein zu retten, was zu retten ist. Entscheidend sei für ihn die Entkoppelung, die im Grund durch die

unternehmerische Entscheidungsfreiheit mehr Wettbewerb ermögliche. Diese Wettbewerbsfreiheit gelte es zu stärken, da es nach seiner Meinung dazu keine Alternative mehr gebe.

Der Vorsitzende fasst die Diskussion in dem Vorschlag zusammen, die Beratung des SSW-Antrags in den ersten Sitzungen des Jahres 2004 fortzuführen.

Damit erklären die Ausschussmitglieder sich einverstanden.

Zu Punkt 3, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Ehlers, schließt die Sitzung um 10:00 Uhr.

gez. Claus Ehlers

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin